Nr. 558. — Erstes Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 29. November 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte.

Die zur Zeit vorhandene Kriegsmarine bedarf der Verstärkung, um den erheblich gestiegenen Seeinteressen des Deutschen Reichs im Kriege und Frieden den erforderlichen Schutz zu gewähren. Um für diese Verstärkung eine gesunde Grundlage zu gewinnen, müssen sich die beiden gesetzgebenden Faktoren vor Allem darüber einigen, wie stark die deutsche Flotte werden soll. Zu diesem Zweck ist eine Beschlußfassung des Reichstags über die Sollstärke der Marine nicht zu umgehen. Eine solche ist aber nur zu erzielen, wenn dem Reichstage ein Plan in Form eines Gesetzentwurfs vorgelegt wird. Denn von Plänen, welche die verbundenen Regierungen in Form von Denkschriften vorlegen, nimmt der Reichstag nur Kenntniß. Nachdem in der Entwickelung der Technik eine gewisse Ruhe eingetreten ist und in allen Marinen im Wesentlichen dieselben Schiffstypen vorhanden sind, haben sich die Seemächte in den letzten Jahren hauptsächlich der Durcharbeitung der organisatorischen, taktischen und strategischen Fragen gewidmet. Es sind heute die Anschauungen hierüber so geklärt, daß unbedenklich Stärke und Zusammensetzung der deutschen Kriegsmarine gesetzlich festgelegt werden kann. In dem von den verbündeten Regierungen aufgestellten Gesetzentwurf wird der Schiffsbestand der deutschen Flotte, abgesehen von Torpedofahrzeugen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonenbooten, wie folgt normirt: Verwendungsbereit sollen sein 17 Linienschiffe, 8 Küstenpanzerschiffe, 9 große und 26 kleine Kreuzer; als Materialreserve kommen dazu 2 Linienschiffe, 3 große und 4 kleine Kreuzer. Diese Stärke der Flotte wird von den verbündeten Regierungen als ausreichend, aber auch als unerläßlich bezeichnet, wenn das Reich seine maritimen Aufgaben erfüllen soll. In Anrechnung kommen auf diesen Sollbestand von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen als Linienschiffe 12, als Küstenpanzerschiffe 8, als große Kreuzer 10 und als kleine Kreuzer 23. Es sind also an Neubauten noch erforderlich 7 Linienschiffe, 2 große und 7 kleine Kreuzer; die gegenwärtige Zahl der Küstenpanzerschiffe wird für genügend erachtet. Unzertrennlich von der Aufstellung eines gesetzlich begrenzten Sollbestandes der Flotte ist die Festlegung der Frist, binnen welcher dieser Bestand erreicht werden muß. Es ist dies nur die logische Konsequenz aus der ersteren Thatsache. Würde hier eine Lücke gelassen, so würde die Erreichung des Sollbestandes ganz ins Ungewisse gerückt und damit ein Zustand verlängert, dem man eben durch die gesetzliche Regelung der Dinge ein Ende machen will. In dem Entwurf wird daher folgerichtig verlangt, daß die Mittel für die erforderlichen Neubauten so rechtzeitig in den Reichshaushaltsetat aufzunehmen sind, daß der Sollbestand der Flotte bis zu einem bestimmten Zeitpunkte, nämlich bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1904, erreicht wird. Auf die Dauer kann aber der Sollbestand nur aufrechterhalten werden, wenn für die nach Ablauf ihrer natürlichen Lebensdauer unbrauchbar gewordenen Schiffe rechtzeitig Ersatzbauten eingestellt werden. Diese Lebensdauer wird von der Marineverwaltung für Linien- und Küstenpanzerschiffe auf 25 Jahre, für große Kreuzer auf 20 und für kleine Kreuzer auf 15 Jahre bemessen. Auch hier fordert der Gesetzentwurf, daß die Mittel für diese zur Erhaltung des Sollbestandes nothwendigen regelmäßigen Ersatzbauten rechtzeitig in den Etat aufgenommen werden. Damit schließlich im Kriegsfalle die Schlachtflotte leisten kann, was man von ihr erwartet, ist ein bestimmtes Maß von Indiensthaltungen während des Friedens und das dazu erforderliche Personal unerläßlich. Von dem Umfange der Indiensthaltungen hängt die zu wählende Organisation der Schlachtflotte ab. Da jede Organisation etwas Dauerndes sein muß, so müssen auch die zur Durchführung derselben nöthigen Indiensthaltungen gesetzlich gesichert sein. Zu diesem Zwecke bestimmt die Vorlage, daß die Mittel für die Indiensthaltungen der heimischen Schlachtflotte jährlich bis zu solcher Höhe in den Reichshaushaltsetat einzustellen sind, daß dauernd im Dienst gehalten werden können: erstens zur Bildung von aktiven Formationen 9 Linienschiffe, 2 große und 6 kleine Kreuzer, zweitens als Stammschiffe von Reserveformationen 4 Linienschiffe, 4 Küstenpanzerschiffe, 2 große Kreuzer und 5 kleine Kreuzer, drittens zur Aktivirung einer Reserveformation auf die Dauer von zwei Monaten 2 Linienschiffe oder Küstenpanzerschiffe. Nach Maßgabe des Bedarfs unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Etat die Bereitstellung der für die Indiensthaltung der Torpedofahrzeuge, Auslandsschiffe, Schulschiffe, Spezialschiffe und Kanonenboote erforderlichen Mittel.

Was den Personalbestand betrifft, so sollen nach dem Gesetzentwurf an Deckoffizieren, Unteroffizieren und Gemeinen der Matrosendivisionen, Werftdivisionen und Torpedo-Abtheilungen vorhanden sein: 1. ein und einhalbfache Besatzungen für die im Auslande befindlichen Schiffe; 2. volle Besatzung für die zu aktiven Formationen der heimischen Schlachtflotte gehörigen Schiffe, die Hälfte der Torpedofahrzeuge, die Schulschiffe, die Spezialschiffe; 3. Besatzungsstämme für die zu Reserveformationen der heimischen Schlachtflotte gehörigen Schiffe, sowie die zweite Hälfte der Torpedofahrzeuge; 4. der erforderliche Landbedarf; 5. ein Zuschlag von 5 Prozent. Die nach Maßgabe dieser Grundsätze erforderlichen Etatsstärken des Personals dieser verschiedenen Kategorien bleiben der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat vorbehalten. Bei der Ausarbeitung des Entwurfes sind folgende Erwägungen maßgebend gewesen: Das bisherige Verfahren, diejenigen ausländischen Stationen, auf denen Deutschland größere Interessen hat, mit kleinen Kreuzern zu besetzen und daneben einige Schiffe mit größerer Gefechtsstärke im Dienst zu behalten, hat sich bewährt. Erforderlich sind zur Wahrnehmung der heutigen Seeinteressen des Reichs im Auslande 3 große Kreuzer (2 in Ostasien, 1 für Mittel- und Südamerika), 10 kleine Kreuzer (3 in Ostasien, 3 in Mittel- und Südamerika, 2 in Ostafrika, 2 in der Südsee), 4 Kanonenboote (2 in Ostasien, 2 in Westafrika) und 1 Stationsschiff in Konstantinopel. Im laufenden Jahre standen für diese Zwecke nur 2 große und 8 kleine Kreuzer, sowie 2 Kanonenboote und 1 Stationsschiff zur Verfügung und auch dies nur dadurch, daß der heimischen Schlachtflotte die 3 besten der vorhandenen Aufklärungsschiffe entzogen wurden. Um den Auslandsdienst in dem nöthigen Umfange zu versehen, ist in der Heimath eine Materialreserve nothwendig zum Ersatz für reparaturbedürftige Schiffe. Dazu sind 3 große und 4 kleine Kreuzer erforderlich. Was den Schutz der vaterländischen Küste und die Verhinderung einer Blockade betrifft, so unterschied schon der Flottengründungsplan von 1873 für diesen Zweck eine lokale und eine bewegliche Vertheidigung. Die Mittel zu der lokalen Küstenvertheidigung sind in ausreichendem Maße in den Küstenpanzerschiffen und Panzerkanonenbooten vorhanden. Dagegen ist heute die Zahl der kriegsbrauchbaren Linienschiffe von 14, welche bereits 1873 für erforderlich gehalten wurden, auf 7 gesunken. Zwei der vorhandenen Linienschiffe bedürfen einer 1½ Jahre beanspruchenden Reparatur, 3 weitere sind im Bau begriffen. Wenn nun vor fast einem Vierteljahrhundert 14 Linienschiffe als das Mindestmaß erachtet wurden, so ist jetzt, wo sämtliche Nachbarmächte ihre Kriegsflotten wesentlich verstärkt haben und die Seeinteressen des Reichs so erheblich gestiegen sind, eine Vermehrung der verwendungsbereiten Linienschiffe auf 17 wohl keine übertriebene Forderung. Zu der Zahl 17 führt aber auch die weitere Erwägung, daß die eigene Gefechtsformation, wenn sie auch im Kampfe mit einer überlegenen Flotte eine Möglichkeit des Erfolges haben soll, so viele Schiffe haben muß, als in einer Formation einheitlich geleitet und zur vollen Ausnutzung gebracht werden können. Dies sind nach eingehender Erprobung der Fachleute 17 Schiffe, eine Flotte aus zwei Geschwadern mit je 8 Schiffen und ein besonderes Flaggschiff für den kommandirenden Admiral. Liegt in dieser taktischen Nothwendigkeit die Unmöglichkeit einer Verminderung der Schiffszahl, so enthält sie doch auch ein Hemmniß gegen eine beliebige Vermehrung; denn eine solche Formation ist ein in sich geschlossenes Ganzes. Zur Führung der 16 Schiffe bedarf der kommandirende Admiral ein Flaggschiff, das dem Gefecht nicht fernbleiben kann, also ebenfalls ein Linienschiff sein muß. Damit aber jederzeit 17 Schiffe im Mobilmachungsfall verwendungsbereit zur Verfügung stehen, sind 2 Linienschiffe als Reserve nothwendig. Der Mehrbedarf an Linienschiffen gegen die früher planmäßige Zahl 14 beziffert sich also auf 5. Eine Schlachtflotte besteht aber nicht nur aus Linienschiffen, sondern sie bedarf auch noch einer größeren Zahl von Kreuzern als Aufklärungs- und Vorpostenschiffe. Während in England auf jedes Panzerschiff der Schlachtflotte 2, in Frankreich 1 bis 2 Kreuzer kommen, begnügt sich unsere Marineverwaltung für die rangirte Schlachtflotte von 17 Linienschiffen und die Küstenpanzerschiffsdivisionen mit 6 großen und 16 kleinen Kreuzern. Soll die Festlegung des Sollbestandes der Flotte überhaupt einen Sinn haben, so muß auch, wie schon oben bemerkt, gesetzlich feststehen, bis zu welchem Termin dieses Ziel erreicht werden soll. Es muß eine Sicherheit geschaffen werden, daß diese Flotte auch bald möglichst gebaut wird; es muß verhütet werden, daß wir aufs neue Dinge erleben, wie die, daß die im Jahre 1873 im Flottengründungsplan geforderten 14 Linienschiffe erst 1894 vollzählig vorhanden waren, und daß in Folge Mangels an rechtzeitigen Ersatzbauten trotzdem heute nur 7 kriegsbrauchbare Linienschiffe zur Verfügung stehen.

Was die Vermehrung des Personals betrifft, so besteht kein Zweifel, daß die Erhöhung der Zahl von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften ebenso wie deren Ausbildung ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen ist. Bei einer jährlichen Einstellung von 120 Kadetten und einer Erhöhung des Schiffsjungenetats von 600 auf 1000 Köpfe wird die Personalvermehrung in 7 Jahren erreicht werden. Es bleibt die Finanzfrage zu betrachten. Hier ist vor Allem festzustellen, daß nach Ansicht der verbündeten Regierungen das Flottengesetz ausgeführt werden kann, ohne daß neue Steuern oder eine einmalige große Anleihe erforderlich sind. Es wird vielmehr bestimmt angenommen, daß die Deckung der nöthigen Mittel in jedem Jahre auf dem bisherigen budgetmäßigen Wege vollzogen werden kann. In jedem Jahre müssen die nöthigen Mittel auf den Etat gebracht und der Beschlußfassung der gesetzgebenden Faktoren unterbreitet werden. Die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages bleiben somit völlig unberührt. Genau in derselben Weise und in demselben Umfang wie der Reichstag binden sich die Regierungen durch das Flottengesetz. Keineswegs handelt es sich dabei um eine Einrichtung im Sinne des Armee-Septennates, durch welches die Mannschaftsstärke des Heeres für 7 Jahre festgelegt wird, sondern lediglich darum, daß die gesetzgebenden Faktoren darüber Beschluß fassen, wie groß die Marine sein soll, und in welcher Zeit sie beschafft werden kann, damit die darnach erforderlichen Mittel alljährlich verfassungsmäßig veranschlagt und auf den Etat gebracht werden können. Daß in einer Periode des nothwendigen Retablissements der Marine erhöhte Aufwendungen unvermeidlich sind, ist selbstverständlich; sie stehen dem Wesen nach aber auf gleichem Boden wie andere einmalige Forderungen, z. B. für die Neubewaffnung der Artillerie und den Bau des Nordostseekanals, nur daß sie nicht im Ganzen, sondern in der Vertheilung auf eine Reihe von Jahren verlangt werden. Die Einzelheiten des Gesamtvoranschlages für das Retablissement der Flotte sind nun folgende: Die Kosten für die sämtlichen Neubauten, einschließlich der Artillerie- und Torpedo-Armirung, werden auf 162,2 Millionen angegeben. Dazu kommen die während dieser Zeit nothwendig werdenden Ersatzbauten mit 211 Millionen, die so wie so aufgewendet werden müßten, wenn unsere Marine nicht noch unter den jetzigen Stand sinken soll. Die Restraten der zur Zeit im Bau befindlichen Schiffe belaufen sich auf 63,5 Millionen, 3 Kanonenboote werden auf 4,8 Millionen, 7 Torpedobootsdivisionen auf 41,3 Millionen veranschlagt. Dazu kommen die Mehrkosten der Indiensthaltungen und der Personalvermehrung. Insgesamt sind bisher die fortlaufenden Ausgaben in den letzten 7 Jahren jährlich um etwa 3 Millionen gestiegen, für die kommenden 7 Jahre ist eine durchschnittliche Jahressteigerung um 4 Millionen anzunehmen, also um 1 Million jährlich mehr als bisher. Für die sonstigen einmaligen Ausgaben (Hafenanlagen, Werften, Befestigungen, Kasernen 2c.) sind jährlich 25 Prozent mehr veranschlagt, als durchschnittlich in den letzten 7 Jahren aufgewendet worden sind. Dadurch kommt man auf rund 9 Millionen pro Jahr. Was aber die Ausgaben für Schiffbau betrifft, so ist zu beachten, daß nach Erreichung des Sollbestandes die Forderungen für Schiffbauten erheblich sinken werden, da nach Ablauf von 7 Jahren Neubauten zur Vermehrung der Flotte fortfallen, und nur noch Ersatzbauten zur Erhaltung des Sollbestandes erforderlich sind. Diese zeitliche Begrenzung des Mehraufwandes, der nöthig ist, um das Retablissement der Flotte durchzuführen, ergiebt sich eben aus der gesetzlichen Festlegung des Marineplans. Die voraussichtliche Höhe des Marineetats, für den im Etatsjahr 1897—98 117,5 Millionen bewilligt wurden, ist für die nächsten sieben Jahre wie folgt zu schätzen: 1898—99: 121,7 Millionen; 1899—1900: 131,6; 1900—01: 144,7; 1901—02: 148,4; 1902—03: 150,5; 1903—04: 150,6; 1904—05: 149,07 Mark. Unter voller Wahrung der Rechte des Reichstages und ohne neue Steuerquellen in Anspruch zu nehmen, verfolgen die verbündeten Regierungen nicht einen uferlosen Flottenplan, sondern einzig und allein das Ziel, in gemessener Frist eine vaterländische Kriegsmarine von so begrenzter Stärke und Leistungsfähigkeit zu schaffen, daß sie zur wirksamen Vertretung der Seeinteressen des Reiches genügt.

Es giebt nur a Kaiserstadt

singen die Wiener mit einem gewissen Stolz, aber der Stolz auf diese Kaiserstadt muß doch etwas gedämpft werden im Hinblick auf die anarchistischen Zustände, welche sich in den letzten Tagen im Parlament gezeigt haben. Es waren Scenen, welche lebhaft an Straßen-Streitigkeiten des Pöbels erinnerten und bei denen jede einzelne Partei den Beweis liefern wollte, daß Gewalt vor Recht geht, das allgemeine Faustrecht feierte seine Wiedererstehung. Der Höhepunkt des Skandals wurde am Sonnabend erreicht, wir haben in Kürze bereits telegraphisch darüber berichtet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den obwaltenden Umständen ein gedeihliches Fortarbeiten des Abgeordnetenhauses unmöglich ist, denn jede einzelne Partei überbietet die andere an Gewaltstreichen. Am Sonnabend glaubte die Rechte nach Entfernung Wolfs, Schönerers und der Sozialdemokraten gewonnenes Spiel zu haben und die übrige Linke bald niederringen zu können. Darin erfuhr sie gründliche Enttäuschung. Sämtliche oppositionelle Gruppen einigten sich darin, weitere Verhandlungen des Hauses nicht zuzulassen und erst der Polizeigewalt zu weichen, so daß noch etwa 100 Abgeordnete durch Polizisten aus dem Saal hätten geführt werden müssen. Die Christlich-Sozialen schlossen sich diesem Standpunkt zuletzt vollständig an, nachdem sie noch in den letzten Tagen schwankend waren, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Stimmung der Wiener Bevölkerung, die ganz auf Seite der schärfsten Obstruktion steht. Als Abrahamowicz heute beim Betreten des Saales bemerkte, daß die sonst ruhigsten Parlamentarier und die ältesten Mitglieder des Hauses ihn mit einer Fluth von Beschimpfungen empfingen und auch vor der Erstürmung des Präsidiums nicht zurückzuschrecken schienen, verlor er den Muth, wieder unter Polizeibedeckung im Saale zu verbleiben. Nur gegen Wolf wurde abermals eingeschritten, nachdem es ihm gelungen war, ins Haus einzutreten; die Art, wie man ihn aus dem Saal schleppte, rief auf der Linken furchtbare Erregung hervor. Bald wurde bekannt, daß Wolf, weil er sich zur Wehr setzte, wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit verhaftet wurde, und zwar nachdem der Justizminister auf Befragen die Ansicht äußerte, daß es sich hier um „Ergreifung auf frischer That" handle, wobei auch die Verhaftung des Abgeordneten zulässig sei. Dieser Vorfall trug wesentlich auf der Linken zu dem Entschluß bei, den heftigsten Widerstand um jeden Preis fortzusetzen. Lueger schlug den übrigen Klubobmännern der Opposition vor, noch einen letzten Versuch bei Badeni zu machen, um ihm vorzustellen, er möge unter den gegenwärtigen Verhältnissen geeignete Schritte einleiten, um den unhaltbaren Zuständen im Abgeordnetenhause ein Ende zu machen. Lueger sagte auch zur Linken, Wien und Niederösterreich stehen hinter uns und werden gegen diesen Gewaltstreich protestiren. Man begab sich sogleich zu Badeni, dem gegenüber Lueger seine Vorstellungen durch die Erklärung verstärkte, er könnte als Bürgermeister Wiens keine Bürgschaft für die Aufrechthaltung der Ordnung übernehmen, Badeni erwiderte, die Linke möge nur die heutige Sitzung ruhig verlaufen lassen, dann werde eine mehrtägige Unterbrechung eintreten. Die Abordnung der Linken lehnte aber jedes Zugeständniß ab. Die Führer der Rechten sahen jedoch selbst die Unmöglichkeit der weiteren Sitzungsdauer ein und stimmten dem bedingungslosen Sitzungsschluß zu, der dann auch erfolgte. Die nächste Sitzung wird, wie schon gemeldet wurde, Mittwoch stattfinden. Niemand weiß, was bis dahin geschehen wird. Der Kaiser traf bereits am Sonnabend Abend ein, was darauf schließen läßt, daß die Entscheidung der Krone beschleunigt werden soll.

Wien, 28. November. Der Kaiser hat die Demission des Ministerpräsidenten Grafen Badeni angenommen und den bisherigen Kultusminister Freiherrn von Gautsch mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte betraut. In der ganzen Stadt herrscht freudige Erregung. Vor dem Rathhause sammelten sich Nachmittags große Menschenmassen an, welche Lueger große Ovationen für seine Intervention, welcher man die Demission Badeni's hauptsächlich zuschreibt, darbrachten. Man glaubt, daß heute keine Demonstrationen mehr stattfinden werden.

Wie verlautet, hat der Kaiser dem Grafen Badeni folgendes Handschreiben zugehen lassen: „Lieber Graf Badeni! Ich finde mich veranlaßt, die Vertagung des Reichsraths bis auf Weiteres zu verfügen."

Wien, 28. November. Die ununterbrochen stattgefundenen Demonstrationen dauerten bis spät Nachts. Ueber 80 Verhaftungen wurden vorgenommen. Um 6 Uhr Abends verbreitete sich das Gerücht, daß Wolf enthaftet worden sei; um diese Zeit war das Gerücht allerdings noch nicht richtig. Wolf wurde erst zwei Stunden später, um 8 Uhr Abends, enthaftet und verließ durch eine Seitenthür das Landesgericht, von wo aus er sich in Begleitung seines Advokaten und mehrerer Parteigenossen zu Fuß und unerkannt in seine Privatwohnung begab. Tausende von Studenten und Arbeitern erwarteten unterdessen beim Hauptthor des Landesgerichts das Erscheinen Wolf's. Um die neunte Abendstunde hieß es, Wolf sei bereits mit seinen Parteifreunden im Gasthause Löwenbräu beim Burgtheater. Sofort setzte sich der Zug vom Landesgericht dorthin in Bewegung und hier wartete nun die Menge geduldig bis 11 Uhr Nachts auf Wolf, der indessen schon längst im Kreise seiner Familie weilte.

Aus Graz, Prag, Klagenfurt, Linz, Eger und Innsbruck werden ebenfalls Demonstrationen gemeldet. In Graz wurden zwei Personen von dem einschreitenden Militär erschossen, neun verwundet, darunter fünf schwer durch Bajonnettstiche.

Wien, 28. November. Eine heute Vormittag stattgefundene sozialistische Arbeiterversammlung wurde wegen großen Tumults aufgelöst. Man befürchtet weitere ernste Demonstrationen.

Zum Fall Dreyfus

liegen nur wenig neue Meldungen vor. Wir erhalten folgendes Telegramm:

Paris, 28. November. General Pellieux wird die Untersuchung in der Angelegenheit Dreyfus-Esterhazy heute abschließen. Das „Echo" will wissen, daß kein Beweis für einen von Esterhazy verübten Verrath erbracht worden ist. Mehrere Blätter sagen, die Affaire Dreyfus werde die Abschaffung der französischen Militärattachees im Auslande zur Folge haben.

Die Geheimthuerei in der Dreyfus-Sache erregt allgemeinen Aerger. Die Regierung verweigert jede Auskunft über das Verhör Picquard's, doch steht fest, daß Picquard Esterhazy als einen Spion gemeinster Sorte und als den Urheber des Bordereaus bezeichnete, welches die Verurtheilung Dreyfus' herbeiführte. Es wird viel bemerkt, daß Picquard bei Saussier speiste.

Paris, 28. November. Während die Zeitungen widersprechende Mittheilungen über das Ergebniß der Untersuchung in Sachen Dreyfus-Esterhazy veröffentlichen, lüften Scheurer-Kestner sowie die Familie Dreyfus allmälig ihr Aktenmaterial. Dasselbe scheint doch mehr zu enthalten, als die Gegner des Dreyfus behaupten, wenigstens veröffentlicht heute der „Figaro" eine Anzahl Briefe Esterhazy's, deren Echtheit das Blatt verbürgt. Dieselben werfen auf Esterhazy ein derartig schlimmes Licht, daß die Untersuchung wahrscheinlich eine neue Wendung nehmen wird. Die Briefe zeigen deutlich, daß Esterhazy von Geburt kein Franzose, sondern ein internationaler Abenteurer ist. In diesen Briefen nennt Esterhazy das französische Offizierkorps eine Rotte von Kanaillen, bezeichnet die Generale als Feiglinge und als Unwissende, welche bald die deutschen Gefängnisse bevölkern würden. Mehrfach spricht Esterhazy die Hoffnung auf eine neue deutsche Invasion aus. Schließlich bewirbt sich Esterhazy vergeblich um den Eintritt in den türkischen Dienst, wobei er der französischen Regierung einen üblen Streich zu spielen verspricht. Esterhazy erklärt, nur deshalb in französischen Diensten zu verbleiben, weil er nirgends anderswo Stellung findet. Er äußert hierbei den größten Franzosenhaß. Natürlich erregen diese Briefe ein gewaltiges Aufsehen, man glaubt allgemein, daß sie nur den Anfang weiterer Enthüllungen bilden. Wie dem „Kl. Journ." mitgetheilt wird, hatte Senator Scheurer-Kestner gestern Vormittag eine lange Unterredung mit dem Kriegsminister Billot. Nach Beendigung derselben äußerte Scheurer die feste Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Untersuchung die Unschuld des Dreyfus, sowie den wahren Schuldigen zu Tage fördern werde.

Paris, 28. November. Gegenüber den Meldungen gewisser Blätter stellt die „Agence Havas" fest, daß die Untersuchung in der Dreyfus-Angelegenheit fortschreitet. Es wird eine baldige Lösung der Frage erwartet, bisher ist indessen noch keine Entscheidung getroffen.

Paris, 28. November. Esterhazy erklärte gegenüber einem Interviewer, die Briefe, die der „Figaro" als von Esterhazy herrührend veröffentlicht hat, seien apokryph.

Aus dem Reiche.

Am Sonnabend empfing der **Großherzog von Weimar** in feierlicher Audienz den außerordentlichen preußischen Gesandten Prinzen Max von Ratibor, nahm seine Beglaubigung entgegen und lud ihn zur Tafel ein. — Das Gesamtergebniß des in Berlin unter dem Protektorate der Kaiserin veranstalteten Bazars zur **Linderung der Noth der Ueberschwemmten in Schlesien** dürfte 30 000 Mark erreichen. — Zu **Stadtverordneten in Potsdam** sind die von den vereinigten Bezirksvereinen und dem Haus- und Grundbesitzerverein vorgeschlagenen Kandidaten gewählt worden. — Eine in Breslau abgehaltene Bürgerversammlung nahm eine Resolution an, daß die **Ausdehnung des Postregals** auf Städte, in denen Privatpostanstalten erfolgreich zum Nutzen der Allgemeinheit wirken, nicht im Interesse des Verkehrs liege und daher mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen sei. — In der Hamburger Stadtverordneten-Versammlung stand am Freitag der Senatsantrag auf **Anstellung eines Hafeninspektors** zur Verhandlung. Der Senat beantragte, diesen Hafen-Inspektor der Polizeibehörde zu unterstellen. Der Ausschuß der Bürgerschaft, dem diese Vorlage zur Vorberathung überwiesen war, beantragte dagegen, ihn der Deputation für Handel und Schifffahrt unterzuordnen. Ueber diese beiden Anträge entspann sich eine heftige Debatte. Der Ausschuß-Antrag wurde schließlich zunächst mit 62 gegen 59 Stimmen angenommen. Eine nach der Geschäftsordnung noch zulässige, auf Antrag eines Bürgerschaftsmitgliedes vorgenommene namentliche Abstimmung ergab aber 59 Stimmen dafür, 59 dagegen. Darauf hin erklärte der Präsident den Ausschuß-Antrag für abgelehnt. Der Senatsantrag wurde darauf angenommen. — Die Stadtverordneten-Versammlung zu Glogau nahm einen Antrag an, durch den der Magistrat der Stadt Glogau, als Besitzerin des Stadtforstes, aufgefordert wird, bei dem **Landwirthschaftsminister** darüber **Beschwerde** zu erheben, daß der Vorstand der schlesischen Landwirthschaftskammer dem Verein zur Förderung des Bimetallismus einen größeren Beitrag gegeben hat; und den Minister zu ersuchen, den Vorstand der Landwirthschaftskammer zur Rückerstattung des an den Bimetallistenbund gezahlten Betrages zu veranlassen. — Der Kommunallandtag zu Görlitz genehmigte die Versicherung des gesamten **Forst- und Landwirthschaftsbetriebs der Oberlausitz** gegen Haftpflicht auf ständische Kosten, ohne Beiträge der Versicherten.

Deutschland.

O **Berlin**, 29. November. Die am Sonnabend Abend durch eine Extra-Ausgabe des „Reichsanzeigers" veröffentlichte Marinevorlage wird bereits von einer Anzahl Morgenblätter einer Besprechung unterzogen. So sagt die „Nordd. Allg. Ztg.", der Gesetzentwurf verdiene allgemeine Billigung. In dem gezogenen Rahmen könne unsere Flotte auch als Verbündete größerer Seemächte sich wirksam geltend machen, unsere Neutralität sichern und für die Erhaltung des Friedens ein schweres Gewicht in die Wagschale legen. Die finanziellen Verhältnisse des Reichs, die Leistungsfähigkeit der deutschen Werften und die Interessen der Arbeiterschaft seien im Entwurfe sorgfältig berücksichtigt. Was die Behandlung der Vorlage im Reichstage betreffe, so werde letzterer als einer der gesetzgebenden Faktoren berufen, an der Feststellung der Grundlage und des Zieles der Flotte mitzuwirken. Damit sei das Budgetrecht des Reichstages gewahrt und nach dem klaren Wortlaut der Verfassung jedes konstitutionelle Bedenken ausgeschlossen. Aehnlich äußert sich die „Kreuzztg.", welche des Längeren nachweist, daß wir einer stärkeren Flotte dringend bedürften. Es handle sich aber bei der Vorlage im Grunde doch nur um die Beschaffung einer Defensiv-Flotte, die freilich nach jeder Richtung hin ihren Zweck erfüllen müsse. Deshalb möge man die Vorlage mit Wohlwollen und unter dem Gesichtspunkte deutsch-nationaler Interessen prüfen. Auch die „Post" führt aus, daß bei dem Entwurfe das Budgetrecht des Reichstages in jeder Richtung gewahrt sei. Der Reichstag werde der Vorlage um so eher zustimmen können, als diese, weit davon entfernt, „uferlos" zu sein, weder eine große Anleihe noch irgend welche neue Steuern nöthig mache. Nach der finanziellen, der technischen und der etatsrechtlichen Seite werde die Vorlage im Reichstage kaum auf Schwierigkeiten stoßen können, um so weniger als eine starke Flotte für uns ein unbedingt nothwendiges Mittel zur Erhaltung des Friedens sei und die letzten Ereignisse gezeigt hätten, daß unsere jetzigen maritimen Streitkräfte als ausreichend nicht angesehen werden könnten. Die „Nat.-Ztg." glaubt die Forderungen im Ganzen als wohlbegründet und als nicht übermäßig anerkennen zu müssen, auch die formelle gesetzliche Behandlung des Bauplanes hält sie für berechtigt. Freilich hält sie es nicht für wahrscheinlich, daß der Reichstag sich bereit finden lassen wird, die künftigen Reichstage bis 1904 in der verlangten Weise zu verpflichten. Die Marineverwaltung werde kaum durch ein Mittel der Nothwendigkeit überhoben werden können, den Kampf für die jährlichen Erhöhungen in jedem Jahre vollständig durchzufechten. Für das Jahr 1898—99 bedeute die Bewilligung der materiellen Forderungen nicht viel, erst die folgenden Jahre würden die bedeutenden Erhöhungen bringen. Die „Volks-Ztg." sagt, diese Marinevorlage sei unfehlbar das Signal zu einer ungeheuren Steigerung der Marinelasten in den anderen Ländern Europas, denn angesichts der deutschen Flottenverstärkung würden die übrigen Mächte keinesfalls die Hände in den Schooß legen. Nach sieben Jahren würden wir deshalb in unserem Verhältniß zu den Flottenstärken der übrigen Nationen auf demselben Fleck stehen wie heute. Die „B. N. N." sind über die weitgehende Einschränkung, welche sich die Regierung auferlegt hat, sehr enttäuscht. Wenn aber die Marineverwaltung ihrer Verantwortlichkeit gegen das Land mit ihrer Forderung genügen zu können glaube, so werde man sich bescheiden müssen, sofern dieses Erreichbare wenigstens erreicht werde. Der Umstand, daß die Vorlage ohne neue Steuer aus den laufenden Einnahmen durchgeführt werden könne, werde sie hoffentlich auch vielen früheren Gegnern annehmbar machen. Der „Vorwärts" verhält sich dem Entwurfe gegenüber vollständig negirend. Er nennt die Forderungen kolossal und die Begründung winzig; der Entwurf sei nach allen Richtungen hin eine Zumuthung an das deutsche Volk, welche sich dasselbe nicht bieten lassen könne.

— Am Sonnabend Abend fand das alljährliche Festmahl beim Oberbürgermeister Zelle statt. Die Spitzen der Regierung waren noch nie so vollzählig erschienen, wie es vorgestern der Fall war. Reichskanzler Fürst Hohenlohe und sämtliche Minister waren der Einladung gefolgt. Bei der Tafel wurden keine Trinksprüche ausgebracht.

Rumänien.

Bukarest, 28. November. Der Besuch des Königs am russischen Hofe findet erst nächsten Sommer statt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. November. Von Seiten des Herrn Regierungspräsidenten ist eine Polizei-Verordnung erlassen, durch welche der Betrieb elektrischer Straßenbahnen in Stettin und Umgegend geregelt wird. In Betreff des Betriebspersonals wird u. A. bestimmt, daß bei dem Betriebe nur solche Personen verwendet werden dürfen, welche von der hiesigen königl. Polizei-Direktion als solche ausdrücklich durch Ausstellung eines Fahrscheines zugelassen worden sind. Die Annahme und Entlassung des Betriebspersonals hat die Unternehmerin der königlichen Polizei-Direktion zu Stettin binnen 24 Stunden unter Angabe des Vor- und Zunamens, des Geburtstages, der Wohnung und der Num-

ner des Dienstabzeichens anzuzeigen. Bei der Entlassung von Wagenführern und Kondukteuren ist mit der Anzeige der Fahrschein zurückzureichen. Weiter entnehmen wir der Verordnung, daß nach Beendigung des fahrplanmäßigen, bezw. besonders genehmigten Betriebes keine Straßenbahnwagen auf den öffentlichen Straßen stehen bleiben dürfen. Beim Ertönen der Warnungssignale haben Fußgänger, Reiter, Radfahrer und die Führer von Wagen sofort die Fahrbahn für den Fahrbetrieb freizumachen. Reiter, Radfahrer und Fuhrwerke haben den Straßenbahnwagen soweit Raum zu geben, daß weder die Letzteren in der Fahrt, noch die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen behindert oder gefährdet werden. Diese Vorschriften gelten nicht für königliche und prinzliche Wagen, für geschlossen marschirende Militär-Abtheilungen, Leichen- und andere öffentliche Aufzüge, sowie für Postwagen und im Dienste befindliche Fuhrwerke der Feuerwehr. Schweres Fuhrwerk darf das Bahngeleis nur zur Umgehung von Hindernissen berühren. Langsam, d. h. im Schritt-Tempo, ist zu fahren beim Passiren unübersichtlicher Strecken, bei allen in der Fahrbahn liegenden Straßenbiegungen und bei Straßenkreuzungen; desgleichen wenn Straßenbahnwagen aus entgegengesetzter Richtung passiren oder auf der Strecke halten, bei größeren Ansammlungen von Menschen oder wo sonst die Sicherheit des Verkehrs es erheischt, bezw. die Beamten der Polizei es im Einzelfall zu fordern für angezeigt halten. In der Fahrt inne zu halten ist u. A., wenn in der Fahrtrichtung sich bewegende, dieselbe kreuzende oder derselben entgegenkommende Pferde Zeichen des Scheuwerdens zeigen. Der Wagenführer hat beim Verlassen seines Standes durch Abziehen der Kurbel oder Anwendung sonstiger Vorrichtungen zu verhüten, daß der Wagen durch Unbefugte in Bewegung gesetzt werden kann.

— Dem Oberregierungsrath Rudolph in Köslin ist unter Versetzung an die königliche Regierung zu Kassel die Stelle als Dirigent der Finanzabtheilung in Angelegenheiten der Verwaltung der direkten Steuern übertragen worden.

— Der Regierungsreferendar Dr. jur. Meister von hier hat die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.

— Im Bezirksverein Oberwiek wird am Mittwoch in Christiani's Saal ein interessanter Vortrag über den Orient stattfinden, welcher durch Vorführung von Skioptikon-Bildern erläutert wird. Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Einführung von Gästen gestattet ist.

— In Berlin hat eine Versammlung pensionirter Reichs- und königlicher Beamter beschlossen, gemeinsam an Reichstag, Herren- und Abgeordnetenhaus vorzugehen, und wurde ein Ausschuß zur Bearbeitung der in 1200 Exemplaren zu druckenden Petitionen erwählt. Die Petitionen, welche im ganzen Lande verbreitet werden sollen, bezwecken, die alten Pensionäre in Betreff ihrer Pensionen den jüngeren Pensionären durch ein neues Pensionsgesetz gleichzustellen oder entsprechende, dauernde Pensionszuschüsse zu gewähren.

* Bei einer Schlägerei am Berliner Thor wurde in der Nacht zum Sonntag der Arbeiter Friedrich Pietzke durch Messerstiche nicht unerheblich verletzt, so daß er die Hülfe der Sanitätswache in Anspruch nehmen mußte. Der Mißhandelte hatte Stichwunden am Kopf, Hals und Rücken aufzuweisen; nach Anlegung eines Nothverbandes wurde er einem Arzte zugeführt.

* Zur Hülfeleistung bei einem Schornsteinbrande im Hause Junkerstraße 12 wurde gestern Mittag eine Abtheilung Feuerwehrleute mit der Handdruckspritze dorthin entsandt.

— In der hiesigen Volksküche wurden in der Woche vom 21. bis 27. November 2252 Portionen Mittagessen verabreicht.

—z. **Frauendorf**, 29. November. Der gestrige erste Adventssonntag war für unsere Gemeinde ein besonderer Festtag, es galt das fünfzigjährige Jubiläum der durch die Gaben aus der Gemeinde neu geschmückten Kirche festlich zu begehen. Welcher Stettiner hat sich nicht schon an dem Panorama unseres romantisch gelegenen Dorfes mit seiner an der höchsten Spitze gelegenen Kirche erfreut, ja vielen Berlinern und selbst über die engeren Grenzen unseres Vaterlandes hinaus ist Frauendorf mit seinem schönsten Schmuck, dem das Ganze zierenden und krönenden Gotteshause bekannt. Gestern nun waren es gerade 50 Jahre, daß die auf Veranlassung König Friedrich Wilhelms IV. erbaute Kirche eingeweiht wurde. Der Monarch gab damals nicht nur reiche Gnadengeschenke zu dem Bau, er ließ sich auch den Plan vorzeigen und bestimmte die Lage des Gotteshauses und des Thurmes, der bekanntlich an der Seite des Schiffes angebaut ist. Die Baumeister waren Krafi und von Gersdorf. Die Einweihung vollzog der Bischof Ritschl, während als Organist Dr. Löwe fungirte, dessen Denkmal morgen vor der St. Jakobi-Kirche in Stettin enthüllt wird. Das innen etwas rauh aussehende Gotteshaus ist nun auf Kosten mehrerer Gemeindeglieder aufs beste geschmückt und macht mit seinen Malereien und Wandsprüchen einen guten gefälligen Eindruck, der für die gestrige Feier durch Guirlanden noch besonders erhöht wurde. Der Festgottesdienst fand gestern Vormittag um 10 Uhr statt und hatten sich nicht nur zahlreiche Gemeindeglieder, sondern auch viele auswärtige Gäste zu demselben eingefunden. Nach der durch Kinderchöre und durch eine von Frl. Krüger gesungene Sopran-Arie verschönten Liturgie hielt Herr Superintendent Lic. Hoffmann, der bereits 27 Jahre in der Gemeinde wirkt, die Festpredigt, in welcher die Geschichte der Kirche, ihre herrliche Lage sowie die Ausdehnung der Gemeinde erwähnt und die Gemeindeglieder zu fleißigem Kirchenbesuch ermahnt wurden. Hierauf brachte Herr P. Hartig-Stolzenhagen in einer längeren Ansprache die Glückwünsche der Synodal-Gemeinden dar. Nachdem sodann Herr P. Saare-Köpitz (Sohn des verstorbenen Frauendorfer Küsters) den Gemeindegliedern gedankt, welche zur Renovirung der Kirche beigetragen, hielt Herr Sup. Hoffmann das Schlußwort.

Stadttheater.

Nicolai's reizende Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" wurde gestern zum ersten Mal in dieser Saison gegeben bei einer Besetzung, wie man sie hier so bald nicht besser gesehen haben dürfte. Der „Falstaff" des Herrn Lohfing ist uns ein guter Bekannter, der weinfrohe Ritter zeigt sich in Maske und Spiel mit so urwüchsigem Humor verkörpert, daß dem der ärgste Hypochonder nicht Stand zu halten vermag. Man braucht nur diesen Kopf zu sehen mit dem aufgedunsenen rothen Gesicht, auf dem sich der Wiederschein ausgiebig genossener Tafelfreuden spiegelt, und man wird ein Lächeln kaum zu unterdrücken vermögen. Und wie prächtig sang Herr Lohfing das Trinklied im zweiten Akt, es war eine Freude das zu hören, nicht minder aber gelang das Duett mit „Fluth" zu allseitiger Zufriedenheit. Den „Fluth" sang und spielte Herr Engelmann mit gutem Erfolg, einige Uebertreibungen müssen dabei schon hingehen, für die kleineren Partien des „Reich", „Junker Spärlich" und „Dr. Cajus" waren in den Herren Thoelke, Lange und Gerboth recht tüchtige Vertreter gefunden, an denen kaum etwas auszusetzen blieb. Volle Anerkennung errang wiederum Herr Krauße in der Rolle des „Fenton", man gewinnt diesen Sänger um so lieber, je öfter man ihn sieht und hört, dank der in seinem ganzen Auftreten sich offenbarenden Natürlichkeit. Ueber die Wiedergabe der weiblichen Rollen ist gleichfalls nur gutes zu berichten, Frl. Wallerstein hat uns selten so gefallen wie gestern als „Frau Fluth" und ihr stand in Frl. Felden („Frau Reich") eine ausgezeichnete Partnerin zur Seite. Ein liebliches „Annchen" stellte uns Frl. Königsstätter vor, munter im Spiel und frisch von Gesang. Im Chor war nicht immer alles so wie es hätte sein sollen, dagegen führte das Orchester seine Aufgabe unter Herrn Erdmann's Leitung bestens durch. Herr Thoelke machte sich als Regisseur um die Aufführung besonders verdient, dieselbe hinterließ bei den Besuchern, deren es leider nicht sehr viele waren, augenscheinlich den angenehmsten Eindruck.

M. B.

Bellevue-Theater.

Als „Wladimir" in Suppé's lustiger Operette „Fatinitza" verabschiedete sich Fr. Jenny von Weber am gestrigen Sonntag vor ausverkauftem Hause. Die geschätzte Sängerin war in den letzten Tagen leidend und dies machte sich noch gestern zeitweise in der Stimme bemerkbar, desto lebhafter war aber ihr Spiel, darin bewies sie wieder ihr oft bewährtes Talent, ihr „Wladimir" war von keckem Uebermuth erfüllt und lustige Koketterie zeigte dieser Wladimir als „Fatinitza". Auch im Uebrigen ging die Vorstellung unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Hempel und der Regie des Herrn Schumacher flott von Statten, nur die Chöre — besonders der Männerchor im ersten Akte — wollten nicht recht klappen. Vortheilhaft zeichnete sich Fräulein Bradsky als „Lydia" aus, sie war vorzüglich bei Stimme und auch im Spiel bot sie Erfreuliches. Der „Graf Kantschukoff" des Herrn Filisczanko ist von früher bekannt, er gehört zu den besten Leistungen desselben, und Herr Schumacher war ein „Berichterstatter" voller Humor und Beweglichkeit. Der „Izzet Pascha" des Herrn Picha hätte durch eine etwas ältere Maske sicher gewonnen, wenig befriedigen konnte die Deklamation des Frl. Boné als Märchenerzählerin. Zwei wirksame komische Figuren waren der Sergeant des Herrn Selle und der Haremswächter des Herrn Walter. Das Publikum erwies sich als überaus beifallslustig.

R O. K.

Aus den Provinzen.

β **Swinemünde**, 28. November. Die Abonnement-Konzerte, welche die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 148 aus Stettin unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Triebel hierselbst veranstaltet, erregen immer mehr das Interesse des musikliebenden Publikums, auch das vorgestrige zweite Konzert war gut besucht und fand lebhaften Beifall. Besonderen Erfolg hatte Herr Konzertmeister Norkus mit einer Artot'schen Fantasie „Souvenir de Bellini" und dem Preislied aus den „Meistersingern".

§ **Greifenberg**, 29. November. Von den Stadtverordneten wurden in gemeinsamer Sitzung mit dem Magistrat die Herren O. Zühlke und L. Sydow, deren Wahlperiode als Mitglieder des Kreistages mit diesem Jahre zu Ende geht, einstimmig wieder auf 6 Jahre gewählt. In der sich daran schließenden öffentlichen Sitzung bewilligten die Stadtverordneten die Anlage eines zweiten Zufuhrweges zum Vorplatz des Bahnhofes, wie dies von der Altdamm-Kolberger Bahn beantragt war.

† **Köslin**, 28. November. Bei der am hiesigen Seminar vorgenommenen zweiten Lehrerprüfung bestanden von 35 Angemeldeten 24 das Examen, 4 waren vorher zurückgetreten.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 29. November. Daß ein Gefangenwärter von einem Gefangenen eingesperrt wird, dürfte gewiß nicht allzu oft vorkommen. Ein solcher Fall beschäftigte heute die Erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts in einer Verhandlung gegen den Schuhmacher Hermann Merkens aus Liepgarten. Der Angeklagte war im September als Untersuchungsgefangener in der Strafanstalt zu Ueckermünde internirt, doch fand er am Abend des 25. September Gelegenheit zu entwischen, und zwar geschah dies unter Umständen, welche sich nach dem Strafgesetzbuch als Freiheitsberaubung darstellen. An dem gedachten Abend sollte M., wie üblich, unter Aufsicht des Gefangenaufsehers Hesse den in der Zelle befindlichen Nachteimer austragen, H. blieb um einige Schritte zurück und dadurch wurde es dem Gefangenen möglich, eine vom Zellenflur nach dem Hauptgang führende Thür zuzuwerfen, bevor der Wärter dieselbe erreichte. M. sicherte das Schloß noch mit einem außen angebrachten Riegel und suchte das weite, er begab sich zu seiner Familie nach Liepgarten, wo er nach einigen Tagen wieder gefaßt wurde, er ist inzwischen am 3. November zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden. Wegen der Freiheitsberaubung, welche M. zugab, wurde heute gegen ihn auf eine Zusatzstrafe von zwei Monaten Gefängniß erkannt. — Vor demselben Gericht hatte sich ferner der zwanzig Jahre alte Knecht Hermann Kloß wegen schweren und einfachen Diebstahls im Rückfall zu verantworten. Der Angeklagte, welcher den Dienst sehr oft wechselte, hat in den Monaten April, August und Oktober verschiedentlich Mitknechte bestohlen, einmal in Gemeinschaft mit zwei anderen, bisher nicht ermittelten Leuten und indem er sich in einen Raum einschlich. Entwendet wurden meist Kleidungsstücke, einmal eine Taschenuhr und ein kleiner Geldbetrag, die Sachen hat K. theils selbst in Gebrauch genommen, theils verkauft. Das Gericht billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu und erkannte auf eine Gefängnißstrafe von einem Jahr und sechs Monaten.

Schroda, 27. November. In dem Massenprozesse gegen Palkowski und vierundzwanzig andere Angeklagte wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz und Demonstrationen vor der Wohnung des Abgeordneten und Prälaten Jazdzewski wurden neun Angeklagte von drei Wochen bis zu zehn Mark verurtheilt. Palkowski erhielt fünfundsiebzig Mark Geldstrafe, sechszehn Angeklagte wurden freigesprochen.

Köln, 27. November. In heutiger Strafkammersitzung wurde ein junger Kommis zu einem Jahr Gefängniß und drei Jahren Ehrverlust verurtheilt, weil er eine achtbare Dame auf offener Straße einem Schutzmanne als Dirne bezeichnet und deren Festnahme und Vorführung aufs Polizeipräsidium erwirkt hatte. Der Vorfall erregte damals großes Aufsehen.

Kunst und Wissenschaft.

— Direktor Bernhard Pollini, der Leiter des Hamburger Stadttheaters, ist in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag plötzlich am Herzschlage verstorben. Er litt schon seit einigen Jahren an einer Verkalkung der Arterien, die nun so rasch seinen Tod herbeigeführt hat. Pollini ist in den Armen seiner Gattin, der bekannten Koloratursängerin Bianca Bianchi, gestorben. In ihm verliert die deutsche Bühne den einzigen Theaterunternehmer großen Stils, den sie in den letzten Jahrzehnten besessen hat. Pollini war Donnerstag bis nach 9 Uhr in selten fröhlicher Laune im Stadttheater, wo „Die Meistersinger" gegeben wurden, fuhr nach dem Theater in seine in der Heimhuderstraße gelegene Wohnung, um das Abendbrod daselbst einzunehmen. Beim Genuß einer Zigarre unterhielt er sich gegen 11½ Uhr noch einige Zeit mit seiner Gattin, als er plötzlich Athembeschwerden bekam. Seine Frau gab ihm Baldriantropfen; als sie eben das Fläschchen bei Seite setzte, hörte sie ihren Gatten sagen: „Gott! wie wird mir?" Als sie helfen wollte, war Pollini schon, von einem Herzschlage getroffen, schmerzlos verschieden.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 29. November. Durch eine furchtbare Explosion sind am Sonnabend Abend wiederum zwei Menschenleben vernichtet worden. In der ehemals Wredeschen Spritfabrik, die jetzt der Aktiengesellschaft „Bank für Sprit- und Produkten-Handel" gehört und auf dem bis zur Schäferstraße durchgehenden Grundstück Neanderstraße 11/12 liegt, platzte um 6¾ Uhr ein großer Filter, und umherfliegende Eisentheile zerschmetterten die beiden Filtermeister Christke und Geishirt, sodaß sie auf der Stelle todt waren. Um diese Zeit erfolgte ein furchtbarer Knall, der weithin gehört wurde und in der Nachbarschaft der Spritfabrik Alles erzittern und die Fensterscheiben klirren machte. Ueber dem Filterraume der Fabrik stieg das Dach in die Höhe und die Mauer in der Schäferstraße wurde mit solcher Wucht hinausgeschleudert, daß sie auf dem Bürgersteig und dem Fahrdamm einen großen Trümmerhaufen bildete. Die herbeigerufene Feuerwehr drang mit Sicherheitslampen ein und fand die Meister als verstümmelte Leichen vor. Der Filter, an dem sie gestanden hatten, war explodirt, die musartige Holzkohlenmasse, die auseinanderspritzte, hatte sie am ganzen Körper getroffen, der heiße Dampf hatte sie verbrüht und die auseinanderfliegenden Eisenstücke des geplatzten Kessels hatten Beiden Kopf und Brust zerschmettert und Geishirt außerdem das rechte Bein abgerissen.

Berent (Westpr.), 27. November. In Zuckau hat sich ein schweres Brandunglück ereignet. Das Feuer zerstörte das Familienhaus des Landbriefträgers Kumczyk. Dabei haben sechs Familien ihr ganzes Hab und Gut verloren. Drei Kinder des Chausseevorarbeiters Koschzkowski im Alter von zwei, fünf und sieben Jahren erstickten in dem brennenden Hause, bevor Hülfe kam. Die Mutter hatte die Kinder in eine Stube eingeschlossen.

Sorau, 28. November. Die Arbeiten an den beiden Nothschächten in der brennenden Grube werden ununterbrochen fortgesetzt. Um das Feuer in dem Einfahrtschachte zu ersticken, ist derselbe mit Erde fest zugeschüttet worden. Die Hoffnung, die acht verschütteten Grubenarbeiter lebend zu bergen, ist aufgegeben. Die Herstellung der Nothschächte in der 67 Meter tiefen Grube dürfte noch die ersten Tage der nächsten Woche in Anspruch nehmen.

Hamburg, 28. November. Heute erfolgte die Konstituirung der Hamburger Jugendwehr unter dem Protektorate des Generalkommandos.

Brünn, 28. November. Der Chef der hiesigen großen Mühlenfirma Gebrüder Brück u. Schick, der 74jährige Max Brück, stürzte sich aus dem zweiten Stock seines Hauses auf die Straße und blieb todt. Das Motiv zur That ist unbekannt.

Verviers, 28. November. Gestern sind hier mehrere Fabriken niedergebrannt. Der dadurch entstandene Schaden beläuft sich auf 150 000 Franks.

Schiffsnachrichten.

Galata, 27. November. Der hier vor Anker liegende österreichische Lloyddampfer „Diana" wurde heute früh durch den englischen Dampfer „Antonio" gerammt und ist gesunken. Die Passagiere, 150 an der Zahl, und die 40 Mann Besatzung sind sämtlich gerettet.

Bankwesen.

London, 27. November. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 22 324 000, Zunahme 812 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 26 872 000, Abnahme 333 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 32 396 000, Zunahme 479 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 27 915 000, Zunahme 31 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 36 967 000, Abnahme 183 000.
Guthaben des Staats Pfd. Sterl. 7 791 000, Zunahme 590 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 19 849 000, Zunahme 728 000.
Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 12 401 000, Abnahme 475 000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 49¾ gegen 48¼ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 129 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 6 Millionen.

Wollberichte.

London, 27. November. Wollauktion. Wolle unverändert, fest, nur geringe Australier schwächer.

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. November. Wetter: Schön. Temperatur + 4 Grad Reaumur. Barometer 737 Millimeter. Wind: S.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 35,7 bez.

Berlin 29. November In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loco 70er amtlich 36,60 loco, 50er amtlich 56,10.

London, 29. November. Wetter: Veränderl.

Berlin, 29. November. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	102,80
do. do. 3½%	102,80
do. do. 3%	97,40
Deutsche Reichsanl. 3%	97,00
Pomm. Pfandbriefe 3½%	99,90
do. do. 3%	91,70
do. Neuländ. Pfdbr. 3½%	99,90
3% neuländ. Pfandbriefe	91,60
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,30
do. 3%	91,50
Italienische Rente	94,10
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,00
Ungar. Goldrente	103,70
Rumän. 1881er am. Rente	100,80
Serbische 4% 95er Rente	64,40
Griech. 5% Goldr. v. 1890	33,60
Rum. amort. Rente 4%	91,70
Mexikan. 6% Goldrente	95,70
Oesterr. Banknoten	169,70
Russ. Banknoten Cassa	216,85
do. do. Ultimo	217,00
Gr. Russ. Zollcoupons	323,60
Französische Banknoten	80,90
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	93,75
do. (100) 4%	91,40
do. (100) 4%	88,50
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50
Stett. Vulc.-Akt. Littr. B.	175,00
Stett. Vulc.-Prioritäten	176,00
Stettiner Straßenbahn	146,50
Petersburg kurz	—,—
Warschau kurz	216,05

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berliner Dampfmühlen	136,75
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	99,00
„Union", Fabrik chem. Produkte	125,00
Barziner Papierfabrik	196,00
Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	199,90
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,75
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,60
Stett. Stadtanleihe 3½%	99,75

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	199,50
Berliner Handels-Gesellsch.	173,70
Oesterr. Credit	222,80
Dynamite Trust	176,75
Bochumer Gußstahlfabrik	200,75
Laurahütte	175,90
Harpener	188,60
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	208,25
Dortm. Union Littr. C.	96,00
Ostpreuß. Südbahn	96,90
Marienburg-Mlawkabahn	83,10
Norddeutscher Lloyd	105,10
Lombarden	34,50
Franzosen	144,10
Luxemb. Prince-Henribahn	112,70

Tendenz: Fest.

Paris, 27. November, Nachm. (Schlußkourse.) Besser.

	27.	26.
3% Franz. Rente	103,45	103,50
5% Ital. Rente	95,30	95,27½
Portugiesen	20,80	20,70
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	475,00
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen de 1889	130,50	—,—
4% Russen de 1894	66,85	—,—
3½% Russ. Anl.	—,—	—,—
3% Russen (neue)	94,10	94,15
4% Serben	66,00	—,—
3% Spanier äußere Anleihe	61,50	61,50
Convert. Türken	22,05	22,12½
Türkische Loose	112,50	112,50
4% türk. Pr.-Obligationen	—,—	459,00
Tabacs Ottom.	325,00	326,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	681,00	681,00
Oesterreichische Staatsbahn	—,—	728,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3775	3775
B. de Paris	865,00	866,00
Banque ottomane	588,00	589,00
Credit Lyonnais	790,00	788,00
Debeers	721,00	722,00
Langl. Estat.	102,50	104,00
Rio Tinto-Aktien	623,00	621,00
Robinson-Aktien	204,00	207,00
Suezkanal-Aktien	3265	3270
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,50	206,56
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,27	122,37
do. auf Italien	4,87	4,75
do. auf London kurz	25,18	25,18½
Cheque auf London	25,20	25,20½
do. auf Madrid kurz	372,40	372,40
do. auf Wien kurz	207,75	207,75
Huanchaca	32,50	33,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 27. November, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per November 8,97½, per Dezember 8,97½, per Januar 9,12½, per März 9,27½, per Mai 9,40, per Juli 9,52½. Stetig.

Hamburg, 27. November, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 29,00, per März 30,00, per Mai 30,50, per September 31,00.

Bremen, 27. November. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 4,95 B. Schmalz fester. Wilcox 24 Pf., Armour shield 24¾ Pf., Cudahy 26 Pf., Choice Grocery 26 Pf., White label 26 Pf. — Speck fest. Short clear middl. loko geräumt. Reis unverändert.

Wien, 27. November. Getreidemarkt. Weizen per Herbst —,— G., —,— B., per Frühjahr 12,05 G., 12,06 B. Roggen per Herbst —,— G., —,— B., per Frühjahr 8,95 G., 8,96 B. Mais per November —,— G., —,— B., per Mai-Juni 5,83 G., 5,84 B. Hafer per Herbst —,— G., —,— B., per Frühjahr 6,87 G., 6,88 B.

Amsterdam, 27. November. Java-Kaffee good ordinary 36,00.

Amsterdam, 27. November. Bancazinn 37,50.

Amsterdam, 27. November, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per November —,—, per März 227,00, per Mai —,—. Roggen loko —, do. auf Termine fest, per März 133,00, per Mai 131,00, per Juli —,—. Rüböl loko —,—, per Dezember —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 27. November. Getreidemarkt. Weizen steigend. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste steigend.

Antwerpen, 27. November, Nachmittags 2 Uhr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14,75 bez. u. B., per November 14,75 B., per Dezember 14,75 B. Ruhig.

Schmalz per November 53,25. Margarine ruhig.

Paris, 27. November, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per November 31,00, per Dezember 30,50, per Januar-Februar 29,85, per Januar-April 29,65. Roggen ruhig, per November 18,50, per Januar-April 18,85. Mehl beh., per November 63,00, per Dezember 62,85, per Januar-Februar 62,70, per Januar-April 62,60. Rüböl ruhig, per November 59,00, per Dezember 59,00, per Januar-April 59,25, per Mai-August 57,75. Spiritus fest, per November 45,75, per Dezember 45,00, per Januar-April 43,75, per Mai-August 43,50. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 27. November, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 27,50 bis 28,00. Weißer Zucker ruhig auf Wiederkäufe der Exporteure, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 30,37, per Dezember 30,50, per Januar-April 30,87, per März-Juni 31,37.

London, 27. November, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schluß.) Englischer Weizen wenig angeboten. Uebrige Artikel fest, aber ruhig. Schwimmender Weizen stramm, weißer ¼ S. höher.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 33640, Gerste —, Hafer 45590 Quarters.

London, 27. November. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

London, 27. November. 96proz. Javazucker 10,75 ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9,00, stetig. Centrifugal-Kuba —.

Liverpool, 27. November. Getreidemarkt. Weizen 2 d., Mais 1 d. und Mehl mitunter ½ d. höher. — Wetter: Regenschauer.

Newyork, 27. November. (Anfangskourse.) Weizen per Dezember 100,00. Mais per Dezember 31,87.

Newyork, 27. November, Abends 6 Uhr

	27.	26.
Baumwolle in Newyork	5 13/16	5 13/16
do. Lieferung per Dezember	—,—	5,63
do. Lieferung per Februar	—,—	5,77
do. in Neworleans	5,25	5,25
Petroleum, raff. (in Cases)	5,95	5,95
Standard white in Newyork	5,40	5,40
do. in Philadelphia	5,35	5,35
Credit Balances at Oil City	65,00	65,00
Schmalz Western steam	4,52½	4,52½
do. Rohe und Brothers	4,95	4,90
Zucker Fair refining Moscovados	3 5/16	3 5/16
Weizen willig.		
Rother Winterweizen loko	101,00	101,87
per November	99,25	100,12
per Dezember	99,50	100,37
per Januar	99,50	100,37
per Mai	95,37	96,00
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,12	6,12
per Dezember	5,35	5,30
per Februar	5,55	5,50
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,95	3,95
Mais stetig,		
per November	32,25	32,50
per Dezember	31,75	32,00
per Mai	34,62	35,00
Kupfer	10,75	10,75
Zinn	13,70	13,70
Getreidefracht nach Liverpool	4,25	4,25

Chicago, 27. November.

	27.	26.
Weizen willig, per November	97,50	99,00
per Dezember	97,75	99,50
Mais stetig, per November	26,00	26,12
Pork per November	7,2?	7,25
Speck short clear	4,50	4,50

Wasserstand.

* **Stettin**, 29. November. Im Revier 5,35 Meter = 17′ 0″.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 29. November. Ueber die gestrigen Vorgänge ist noch zu melden, daß der Entschluß des Kaisers, die Demission des Grafen Badeni zu genehmigen, plötzlich gefaßt worden ist. Man vermuthet, daß die ganz ungewöhnliche Erregung des Volkes, welche ernste Ereignisse befürchten ließ, auf die Entschließung des Kaisers mit eingewirkt hat. Schon gestern Vormittag waren das Parlament und die umliegenden Straßen von der Polizei besetzt. Jede Verstärkung wurde vom Publikum mit Pfuirufen begrüßt. Inzwischen sammelten sich auf den Straßen große Menschenmengen an, insbesondere die Ringstraße vor dem Abgeordnetenhaus war der Schauplatz tumultuarischer Scenen. Fortwährend erschollen die Rufe: „Nieder Badeni!" Abzug Badeni!" Es kam schließlich zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Kavallerie und Studenten, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Ungeheure Aufregung und Wuth bemächtigten sich des Volkes und es schien, als stände man am Vorabend einer Revolution. Auch in den höchsten Kreisen scheint man das befürchtet zu haben, denn plötzlich wurden die großen eisernen Thore der Hofburg geschlossen. Plötzlich sah man den Bürgermeister Dr. Lueger, vom Rathhaus kommend, nach dem Abgeordnetenhause fahren. Oben auf der Rampe angelangt, verkündete er, daß Badeni seine Entlassung erhalten habe und Freiherr von Gautsch mit der Neubildung des Kabinets beauftragt worden sei, was einen ungeheuren Jubel hervorrief. Auch auf dem Rathhaus verkündete Dr. Lueger die Freudenbotschaft. Vorher hatte es noch vor dem Landesgericht einen Zusammenstoß mit dem Militär gegeben. Dort demonstrirten Tausende für die Freilassung des Abg. Wolf, sangen die „Wacht am Rhein" und das „Arbeiterlied", als erst die Polizei rücksichtslos auf die Menge einhaute und dann Husaren erschienen, um die Angesammelten zu zerstreuen. Um 9 Uhr Abends wurde Dr. Wolf aus der Haft entlassen. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Entlassung Badenis wurde die Stimmung der Menge eine freudig erregte, und der Anblick der Straßen wie umgewandelt.

Wien, 29. November. Bisher hat der neue Ministerpräsident Baron Gautsch noch mit keiner neuen politischen Persönlichkeit konferirt, nur soviel kann gesagt werden, daß das zukünftige Ministerium ein Beamten-Ministerium sein wird, in welchem von den bisherigen Mitgliedern, neben Baron Gautsch, höchstens Graf Welsersheimb und Herr von Guttenberg verbleiben. Zur Leitung der übrigen Ressorts, mit Ausnahme des Ministeriums des Innern, für welches der jetzige Statthalter von Steiermark, Bacquehem, genannt wird, sind die betreffenden Persönlichkeiten noch nicht bestimmt. Jedenfalls wird die Zusammensetzung des neuen Kabinets in kürzester Zeit und die Publikation desselben längstens bis Mittwoch erfolgen.

Prag, 29. November. Im Laufe des gestrigen Tages fanden wiederholt Straßendemonstrationen statt. Die Menge zog unter Absingung revolutionärer Lieder durch die Straßen und mußte von der Sicherheitswache zerstreut werden.

Prag, 29. November. In Folge der Nachricht von dem Rücktritt des Grafen Badeni hatten gestern Abend zahlreiche deutsche Städte Böhmens, darunter Reichenberg, Asch, Eger u. s. w. illuminirt.

Rom, 29. November. Die letzten Nachrichten aus Albanien lauten äußerst ernst. Vier Dörfer haben bereits zu den Waffen gegriffen. Die Bewegung dehnt sich auf ganz Albanien aus und man befürchtet, daß in den nächsten Tagen etwa 250 000 Mann unter den Waffen stehen werden.

Barcelona, 29. November. Generalkapitän von Palma hat alle militärischen Feste, die zu Ehren des Generals Weyler vorbereitet waren, verboten.

London, 29. November. Aus Lagos wird gemeldet: König Posa bereitet ein großes Festessen vor, um den Einzug der Franzosen in Nikki zu feiern.

Hauptmann Ballad ist von Portonovo nach dem Hinterlande abgegangen.